

## Einladung zur Pressekonferenz

### Jahresrückblick 2023: Wo die extreme Rechte steht – und was jetzt zu tun ist

**Wann?** 4. Dezember 2023, 11:00 - 12:00 Uhr

**Wo?** Berlin (Meeet-Mitte, „Pavillon“, Chausseestr. 86, 10115 Berlin) & online im Livestream

Razzia gegen rechtsextreme Musikszene, die AfD im Höhenflug, das Verbot der „Hammerskins“ und „Artgemeinschaft“: Rechtsextremismus hat 2023 immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Doch was ist jenseits dieser viel diskutierten Ereignisse passiert? Wie hat sich die extreme Rechte im vergangenen Jahr entwickelt? Und was haben demokratisch Engagierte unternommen, um Rechtsextremismus die Stirn zu bieten?

Bei der Pressekonferenz stellt der Bundesverband Mobile Beratung erstmals einen eigenen Jahresrückblick vor. Der Bericht fasst die Expertise von rund 50 Mobilien Beratungsteams aus ganz Deutschland zusammen, die Menschen und Organisationen im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit unterstützen. Er zeigt, welche Antworten die Zivilgesellschaft auf den Rechtsruck gefunden hat und was Politiker\*innen tun müssen, um die Demokratie im Wahljahr 2024 zu schützen.

Die Pressekonferenz wird im Livestream übertragen.

#### Mit:

- **Dominik Schumacher**, Vertreter des Bundesverbands Mobile Beratung und Mobiler Berater gegen Rechtsextremismus in Düsseldorf
- **Prof. Dr. Beate Küpper**, Rechtsextremismus-Forscherin an der Hochschule Niederrhein und Mitherausgeberin der „Mitte-Studie“
- **Dorothea Schneider**, Vorsitzende des Vereins „Augen auf – Zivilcourage zeigen“ in Zittau und seit über 20 Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv

Eine Teilnahme ist nur nach Anmeldung möglich. Bitte schicken Sie hierfür **bis zum 30.11. eine E-Mail an: [presse@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:presse@bundesverband-mobile-beratung.de)**. Bitte geben Sie in der E-Mail an, ob Sie vor Ort oder per Livestream teilnehmen möchten. Nummer für Rückfragen: 0157 / 80588115

*Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.*